



Mai 1987

Den ersten Schritt tun Atomraketen verschrotten!

Die Chancen für echte Abrüstung waren noch nie so groß wie heute. Die weitreichenden Vorschläge der Sowjetunion erlauben es erstmalig, ein komplettes Waffensystem aus Europa verschwinden zu lassen: die bodengestützten Mittelstreckenwaffen größerer (bis 5000 km) und kürzer (500 bis 1000 km) Reichweite. Es scheint sogar, als habe sich Ronald Reagan und seine Mannschaft in Washington für die Gorbatschow-Vorschläge erwärmen können. Ist also jetzt alles klar? Ist es wirklich so, daß einem Erfolg in Genf nun nichts mehr im Wege steht?

Leider ist das nicht so. Kaum hatte Michail Gorbatschow Ende Februar die neuen Vorschläge gemacht, da begann bei den Abrüstungsgegnern aller Schattierungen die fieberhafte Suche nach dem Hintertürchen, durch das man sich vielleicht doch noch einmal davonschleichen konnte.

Zunächst wurde behauptet — in den USA wie auch von den Stahlhelmen hierzulande —, eine Null-Lösung im Mittelstreckenbereich bedeute eine totale Überlegenheit der Sowjetunion bei den Raketen kürzerer Reichweite. Es war sofort von „Nachrüstung“ in diesem Bereich die Rede. In den USA spielte man gar mit dem Gedanken, die Pershing II nicht etwa zu verschrotten, wie es der Gorbatschow-Vorschlag vorsieht, sondern sie zu einer Kurzstrecken-Variante umzurüsten.

Nachdem die Sowjetunion — den westlichen Bedenken entgegenkommend — auch die Raketen kürzerer Reichweite in ihren Null-Lösungsvor-



Der Ostermarsch '87 in unserer Stadt. Aus Wiesbaden kommend wurden die Ostermarschierer auf dem Rathausplatz von Kurt Oeser begrüßt. SPD, Grüne, die DKP und andere Gruppen hatten Stände aufgebaut und versorgten die Marschierer. Mit den Ostermärschen hat sich die Friedensbewegung auch in diesem Jahr aktiv in die politische Diskussion eingeschaltet: Rund 300 000 Menschen demonstrierten für einen Einstieg in die atomare und konventionelle Abrüstung. Ob Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten oder Christen — übereinstimmend wurde gefordert, daß die durch die Sowjetunion eröffneten Abrüstungschancen genutzt werden müssen.

Die Ostermarschierer machten Druck für eine Null-Lösung bei den Mittel- und Kurzstreckenraketen, sie verlangten von der Bundesregierung als eigenen Beitrag den Stationierungsstopp und ein Ja zu einem atomwaffenfreien Korridor.

schlag einbezog, war es dann plötzlich die „ungeheure konventionelle Überlegenheit“ des Ostens, die eine atomare Abrüstung bis auf Null unmöglich macht.

Jetzt, da sich die Auseinandersetzungen zuspitzen, haben sich die Stahlhelmer in der CDU/CSU um Strauß, Dregger und Wörner enger zusammengeschlossen. Noch immer propagieren sie das „Recht auf Nachrüstung“ oder wie F. J. Strauß gar eine neu zu schaffende eigenständige Atomstreitmacht der Westeuropäer. Also: **Nicht Abrüstung ist ihr Ziel, sondern weitere verstärkte Aufrüstung, die sie etwas vornehmer als Um- oder Nachrüstung deklarieren!**

Und Helmut Kohl hat diesem friedens- und entspannungsfeindlichen Treiben mit seiner Regierungserklärung vom 7. Mai bewußt Vorschub geleistet. Indem er sich vehement gegen die sogenannte doppelte Null-Lösung aussprach, indem er die Abrüstungsverhandlungen mit Forderungen belastete, die auf eine Nachrüstung hinauslaufen und indem er die Raketenpolitiker in seiner eigenen Partei, die noch nicht einmal die einfache Null-Lösung wollen, nicht in die Schranken wies.

Zweierlei machte Kohls Regierungserklärung deutlich: Diese Regierung vertritt erstens nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sie will die große historische Chance zur Abrüstung nicht nutzen.

Zweitens ergibt sich für uns daraus die Notwendigkeit, jetzt selbst verstärkt Druck auszuüben, damit diese Herrschaften zur Abrüstung gezwungen werden!

Die Beseitigung der Raketen in unserem Land kann erkämpft, die Stahlhelmfraktion kann gestoppt werden!

Wir rufen deshalb alle Menschen unserer Stadt auf, für die Frieden nicht nur ein leeres Wort ist: Kommt am 13. Juni zur großen Friedenskundgebung nach Bonn!

Für die

- Sofortige Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen ohne Vorbedingungen!

Für eine

- Welt ohne Atomwaffen im Jahr 2000!

Demonstration der Friedensbewegung am 13. Juni in Bonn



„Wenn die Russen vollständig und einseitig abrüsten? Das ist natürlich rein hypothetisch, aber meine erste Reaktion wäre, daß dies nicht weit genug ginge.“



Der 1. Mai wurde in diesem Jahr zum ersten Mal von Gewerkschaftern aus Mörfelden und Walldorf gemeinsam organisiert. Nach der Kundgebung im gut besuchten Bürgerhaus bei der verschiedene Abteilungen der SKV, die DKP-Frauengruppe und die Behinderten-Tanzgruppe „Sonnenschein“ auftraten wurde am Bürgerhaus gefeiert. Bis zum Abend saß man zusammen. — Sportgruppen traten auf, Manuel Campos und Gerd Schulmeyer sangen Arbeiterlieder und spanische Kinder zeigten Folklore-Tänze ihres Landes. Ein Volksfest, das bei wunderschönem Wetter viel Freude machte.

Hände weg von Hessens Schulen!

Kaum ist die Rechtsregierung von CDU und FDP im Wiesbadener Amt, kaum haben die Herren die Ministersessel besetzt, schon schlagen sie zu. Man hat die Förderstufe im Auge und überlegt sicher schon, wie man die Gesamtschulen anschließen kann. Im Kreis Groß-Gerau und in unserer Stadt gibt es deshalb Unruhe und Proteste bei vielen Eltern. Die DKP unterstützt diese Proteste. Wir sagen, die Rechtsregierung ist zu stoppen, wenn alle gemeinsam handeln, denen das Schicksal unserer Kinder nicht gleichgültig ist.

Die Wiesbadener Rechtsregierung — CDU und FDP — wollen in einem kurzen Prozeß eine Entwicklung unterdrücken, die ihnen schon seit langem ein Dorn im Auge war: der Versuch, allen Kindern in Hessen eine längere gemeinsame Schulzeit zu sichern, soll brutal unterbunden werden. Die flächendeckende Einführung der Förderstufe, den die bisherige Landesregierung aus SPD und Grünen endlich zustandegebracht hatte, soll nach dem Willen der Rechten verhindert werden. Die bereits bestehenden Förderstufen sollen innerlich ausgehöhlt werden. Der begehrlische Blick von Wallmann ist bereits darauf gerichtet, die hessischen Gesamtschulen absterben zu lassen.

Worum geht es?

SPD und Grüne haben nach langem Zögern und auf Druck vieler Eltern, Lehrer und Schüler, auf Druck aus den Gewerkschaften, auf Druck aus ihren eigenen Parteien und der DKP, die flächendeckende Förderstufe in Hessen auf den Weg bringen können. Sicher, mit vielen Halbheiten und Mängeln. Doch mit einem bedeutsamen Fortschritt: die gemeinsame Schulzeit aller Kinder konnte dadurch um zwei Jahre ausgedehnt werden. Die frühe Auslese von Kindern nach dem 4. Schuljahr, der frühe Zwang zu Konkurrenz, der frühe Druck auf Kinder und Eltern konnte um einiges verzögert und ein wenig abgemildert werden.

Die Rechten, die Anhänger von CDU, FDP und dem sogenannten Hessischen Elternverein — der in Wirklichkeit eine Tarnorganisation der CDU ist — haben diese Entwicklung schon seit Jahren bekämpft. Ihr Hauptgrund: Die Förderung des Gymnasiums vor allem für die Kinder von reichen Eltern war in ihren Augen gefährdet. Angeblich wollen sie „alle begabten Kinder“ fördern. In Wirklichkeit sortieren sie die Kinder auseinander: in solche, deren Eltern

genug Geld haben, um ihnen die beste Ausbildung zu kaufen; und in „den großen Rest“, also die überwältigende Mehrheit aller hessischen Kinder.

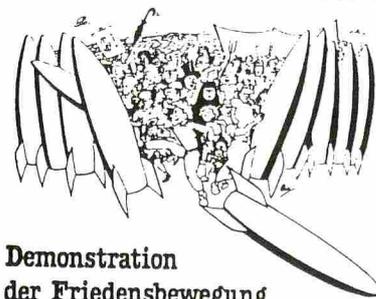
Deshalb jetzt ihr Angriff auf das hessische Schulsystem und vor allem die Förderstufe für alle Kinder in unserem Land. Die Kinder der Reichen sollen gefördert werden. Für die Kinder der arbeitenden Bevölkerung soll Bildung abgebaut werden.

Was ist zu tun?

Eltern, Lehrer und Schüler müssen sich gemeinsam wehren. An jeder Schule, in jeder Gemeinde, in jedem Landkreis. Überall muß der gemeinsame Wille zum Ausdruck kommen, daß die Förderstufe für alle Kinder Hessens verteidigt wird. Elternbeiräte, Lehrerkollegien und Schülervertretungen müssen den wirklichen Willen der hessischen Bevölkerung zum Ausdruck bringen: Förderstufe für alle Kinder jetzt und in ganz Hessen. Gewerkschaften, demokratische Organisationen und die Parteien links von der CDU müssen jetzt auch in unserer Stadt gemeinsam dem Angriff der Rechtskräfte auf die hessischen Schulen entgegentreten.

Friedl Küspert

**Den ersten Schritt tun
Atomraketen verschrotten!**



**Demonstration
der Friedensbewegung
am 13. Juni in Bonn**



„Hände weg von Hessens Schulen!“
„Förderstufe für alle!“ Fotografiert
während der Protestkundgebung am
12. Mai in Wiesbaden.

„Prächtige Stimmung an der Börse“

Wallmann ist Ministerpräsident und die FAZ jubilierte: „Prächtige Stimmung an der Börse“. Von den 4 169 092 Stimmberechtigten haben Wallmann und seine CDU 1 395 712 Stimmen bekommen. Macht etwa 33 Prozent. Etwa ein Drittel der Wahlberechtigten war es also, die Wallmann zum Ministerpräsident des Landes haben wollten. Nimmt man den Unterschied des Blocks der Rechten aus CDU und FDP zu denen, die links davon stehen, also SPD und Grüne waren es genau 1 502 Stimmen, die den Vorsprung bei der Sitzverteilung ausgemacht haben.

Im Verhältnis zu den Wahlberechtigten sind dies genau 0,36 Promille. Und obwohl wir unsere Rechnung nach den Regeln von Adam Riese angestellt haben, wurde Wallmann Ministerpräsident, auch gegen 66 % der Wahlberechtigten dieses Landes. Und er wird weiter behaupten, die Mehrheit hätte es so gewollt. Gewollt haben es unter anderen das braune Häuflein von 9000 Faschisten, die bei der letzten Bundestagswahl vor 3 Monaten in Hessen die NPD gewählt haben. Die Führung der Faschisten hatte es „versäumt“, sich rechtzeitig zur Wahl anzumelden, was man ihnen kaum glauben kann, aber so war wenigstens der Weg frei, Wallmann zu unterstützen. Angesichts des knappen Ergebnisses haben diese 9000 Stimmen der Nazis ausgereicht, Wallmann zum Präsidenten zu machen.

„Ich bin in die Gegenden gekommen, wo kein Krieg war vielleicht siebzig Jahr, da hatten die Leut überhaupt noch keine Namen, die kannten sich selber nicht. Nur wo Krieg ist, gibt's ordentliche Listen und Registere, kommt das Schuhzeug in Ballen und das Korn in Sack, wird Mensch und Vieh sauber gezählt und weggebracht, weil man eben weiß: ohne Ordnung kein Krieg!“

Aus: Bertolt Brecht „Mutter Courage und ihre Kinder“

Die Würde des Menschen ist eintastbar

Während diese Zeilen geschrieben werden, ist die Volkszählung auch in Mörfelden in vollem Gange. Die meisten Bürger unserer Stadt sehen der Sache mit größtem Unbehagen entgegen. Trotzdem, viele beißen, aus Angst vor angedrohten Bußgeldern in den sauren Apfel.

*Sie haben Zahlen über Arbeitslose und tun nichts
 Sie haben Zahlen über fehlende Lehrstellen und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über fehlende Kindergärten und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über kleine Renten und tun nichts.
 Sie haben Zahlen übers Waldsterben und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über Gift im Wasser und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über Hungertote der 3. Welt und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über Verkehrstote und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über das Bauernsterben und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über Mittelstandskonkurse und tun nichts.
 Sie haben Zahlen über Zahlen.
 Sie haben Zahlen, Zahlen, Zahlen . . .
 Sie kennen die Zahlen der Butterberge, der Milchseen, der Eier, der Hühner, der Raketen, der Panzer, der Soldaten, der Sozialhilfeempfänger, der Geburten, der Sterbenden, der Krebskranken, der Rheumakranken, der PKW's, des Stromverbrauchs – aber sie tun nichts um daraus Konsequenzen zu ziehen.
 Warum dann die Volkszählung?
 Sie brauchen die Zahlen und Daten über uns, wie wir leben und was wir tun.
 Damit sie Coca Cola, Dash und Wüstenrot noch besser vermarkten können.
 Die Deutsche Bank, Karstadt und die Allianz braucht Daten für ihre Marktstrategie.
 Damit sie uns noch besser verblöden können. Die privaten Fernsehanbieter, Burda und Springer wollen uns ans Kabel bringen.
 Damit sie uns noch besser beherrschen können. Polizei, Verfassungsschutz und BGS wollen alles über uns wissen, damit sie uns besser aushorchen und in den Griff nehmen können.
 Sie brauchen unsere Daten damit sie uns besser beherrschen können.
 Sonst nichts.
 Sie reden uns ein, zehn Minuten für die Volkszählung würde allen nutzen.
 Die Wahrheit ist, daß zehn Minuten für die Volkszählung später noch mancher bereuen wird.
 Also aufgepaßt, wenn die Zähler kommen.*

Inzwischen ist die Kriminalisierung der Volkszählungsgegner nicht mehr zu übersehen. Man will die Gegner der „Volksaushorchung“ in die Ecke der „Anti-Demokraten“ stecken. Kohl vergleicht die Volkszählungsgegner mit Faschisten, Zimmermann rückt sie in die Nähe von Terroristen.

Aber – die Bürger, die bei der Volkszählung Bauchweh haben, sind kritische Bürger, aufrechte Demokraten. Bedauerlich – genau diese Leute läßt die SPD im Stich. Zwar gibt es Unterschiede, die Jusos sind dagegen, auch bei der hiesigen SPD gibt es viele Zweifler und mancher ärgert sich, weil sich der 1. Stadtrat unnötigerweise so weit aus dem Fenster hängte. Aber – es ist festzuhalten: die Sozialdemokratie schweigt, steht abseits und befindet sich in dieser Frage mit Strauß und Kohl bei den Volkszählungsbefürwortern.

Bemerken muß man hier allerdings, es gibt auch andere SPD-Leute. Gerade jetzt hat Julius Lehlbach (ehem. DGB-Landesvorsitzender) mit anderen SPD-Mitgliedern gefordert: „In keinem Fall durch Androhung und Verhän-

gung von Zwangs- und Bußgeldern die einzelnen Bürger zur Preisgabe ihrer persönlichen Daten zu nötigen“. So einen Satz hätte ich mir auch von Bernhard Brehl gewünscht. Auch er weiß doch hoffentlich, was die Rechten mit der Volkszählung bezwecken. Wie die ganze Sache ausgeht, kann man heute noch nicht sagen. Ich persönlich hoffe, daß die Datenschüffler auf die Schnauze fallen. Sonst müssen wir eines Tages doch noch den Artikel 1 des Grundgesetzes ändern. Dann könnte es hier heißen: „Die Würde des Menschen ist eintastbar.“

Rudi Hechler

 *
 * *Kükenreste und Hühnerkot als Beimengung verleihen, wie man weiß, Lebensmitteln eine besondere Note. Wer so 'was unter die Leute bringt, braucht den Staatsanwalt nicht zu fürchten, weil Ekel bei uns nicht strafbar ist. Allerdings muß mit Strafe rechnen, wer als freier Unternehmer nicht sagt, woher er die Eiermasse mit Fäkal-Einlage bezogen hat: Bis zu 1 000 Mark. Donnerwetter! Das muß ihn schmerzen. Besonders, wenn er schon Millionen an seinem Dreck verdient hat. Nicht ganz das gleiche Bußgeld wird erhoben, so heißt es, wenn jemand nicht bei der Volkszählung mitmacht: Bis zu 10 000 DM. Demokratische Persönlichkeitsrechte in Anspruch zu nehmen, soll schlimmer sein, als seine Mitmenschen mit Fäkalien zu füttern?*
 *

Neues von W. J.

Vor einem Jahr setzte er sich in die Nesseln als er, jeden politischen Instinkt vermissend, partout mit der US-Air Force Militärstützpunkte in den USA besuchen wollte. Es war vor allem Kritik aus der eigenen Partei, die ihn damals daran hinderte, den USA-Trip zu machen. Im Februar dieses Jahres meinte er: „Wenn die Volkszählung nicht durchgeführt wird, dann ist das das Ende der Demokratie.“ Seine jüngste Aussage: „Jeder, der verweigert, scharfet seiner Gemeinde.“ Besser hätte es unserer Meinung nach dem Stadtkämmerer angestanden, er würde sich darum sorgen, daß die „Volksaushorchung“ nicht allzu große Löcher in die Stadtkasse reißt. So hätte uns Wilhelm Jourdan jedenfalls besser gefallen. Aber wahrscheinlich hat alles andere Ursachen. Einmal sagte der erste Stadtrat nämlich: „... . eigentlich hört mein politischer Sachverstand an der Gemarkungsgrenze auf!“ Recht hat er!

DKP intern

Im April führte die DKP-Mörfelden ihre Jahreshauptversammlung durch. Auf der Tagesordnung stand der Rechenschaftsbericht für den vergangenen Berichtszeitraum, der Arbeitsplan für das Jahr 1987 und darüberhinaus und die Wahl des Vorstandes der Mörfelder DKP.

Im Bericht des Vorstandes spielten die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion eine große Rolle. Man sieht in diesen Vorschlägen eine Hoffnung, endlich die in unserem Land stationierten atomaren Mittelstreckenraketen wieder loszuwerden. Ein Appell ging an die Mitglieder der Partei und an die Bevölkerung Mörfeldens aktiv für die Erhaltung des Friedens einzutreten und sich an der bevorstehenden Demonstration am 13. 6. in Bonn zu beteiligen.

Einen breiten Raum nahm im Bericht und in der Diskussion die Kommunalwahl 1989 ein. Klar ist für die Mörfelder Kommunisten, daß sie 1989 kandidieren und darum kämpfen werden, wieder ins hiesige Stadtparlament einzuziehen.

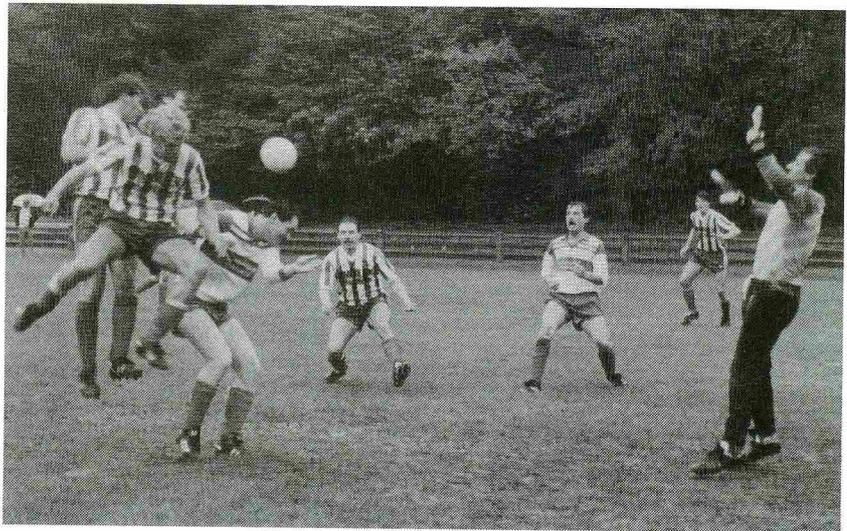
Als Erfolg wurde die Unterschriftensammlung „Keine Gebührenerhöhungen in Mörfelden-Walldorf“ eingeschätzt. Ist es doch gelungen, mit annähernd 2000 Unterschriften eine Ge-

bührenerhöhung im '87er Haushalt zu verhindern. Dies ist den Mörfelden-Walldorfer Bürgern zu verdanken, die diese Forderung mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Ein Beweis, daß, wenn man sich für seine eigenen Interessen einsetzt, Druck ausgeübt werden kann.

Zum Schluß wurde der neue Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender wurde Gerd Schulmeyer, der Ernst Hechler abgelöst hat. Zur Stellvertreterin wür-

de wieder Friedl Küspert gewählt. Weiterhin gehören dem Vorstand an: Rudi Dötsch, Heinz Hechler, Ernst Hechler und Ilona Feutner.

Demonstration der Friedensbewegung am 13. Juni in Bonn



Im „kleinen Derby“ kam die 2. Mannschaft der SKV Mörfelden zu einem verdienten 4:3-Erfolg über die SKG Walldorf und hat damit die beste Ausgangsposition in einem Relegationsspiel den Aufstieg in die Kreisliga B zu erkämpfen. Der „blickpunkt“ wünscht viel Erfolg.

Wir fahren in ein kinderfreundliches Land

nach Brodowin (DDR)

vom 5. 7. bis 21. 7. 1987

17 Tage Sommerferien für 115,- DM

(bei mehreren Kindern aus einer Familie für das 2. Kind nur noch 85,- DM, für das 3. Kinder 70,- DM)

Für Kinder von 10 bis 14 Jahren

(geboren in der Zeit vom 1. 6. 1973 bis 1. 10. 1977)

Näheres kann man erfahren unter folgenden

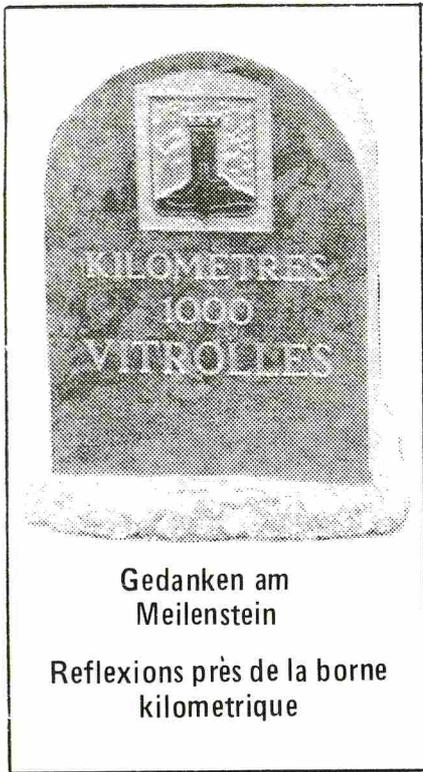
Telefonnummern: 14 30, 2 42 70, 38 59 + 2 49 96

Was machen die Pioniere an Pfingsten?

Vom 6. – 8. Juni fahren wir nach Ober-Ramstadt ans Naturfreundehaus zum Zelten. Da geht echt die Post ab. Ein ganz tolles Gelände, direkt am Wald und ohne Autoverkehr. Die Jungen Pioniere haben sich für die 3 Tage viel vorgenommen. Es gibt eine Olympiade, Geländespiele, ein Fußballturnier, eine Disco und vieles mehr. Das Pfingstcamp ist für Kinder von 6 – 14 Jahren. Der Preis beträgt 25,- DM für das erste Kind und für jedes weitere Kind einer Familie 20,- DM.

34 Kinder aus Mörfelden und Walldorf haben sich schon angemeldet und fahren mit. Also: Schnell anmelden!

Übrigens: Die Pioniere treffen sich jeden Mittwoch auf dem Spielplatz am Ärztehaus, ab April 15.30 – 17.30 Uhr.



profiteure, die kalten Krieger, die Rechtsradikalen und Neofaschisten zurückgedrängt werden.
Es lebe die Freundschaft zwischen unseren Städten!
Es lebe der Frieden!



„Kilomètres 1000 Vitrolles“ voila ce qui est inscrit sur la borne que vient d'être inaugurée sur le Boulevard Vitrolles exactement au niveau du 50^{ième} degré de latitude.
Nous nous réjouissons de cette pierre symbolique commémorant l'amitié entre les peuples et nous sommes heureux de voir que les jumelages avec Vitrolles et Wageningen commencent à vivre.
On rapporte que les horreurs de la guerre et le nazisme n'ont pas été oubliés à Vitrolles et à Wageningen. Nous n'avons pas oublié non plus les horreurs des années de guerre. Nous n'oublions pas non plus la leçon de 45

„Plus jamais de fascisme – plus jamais de guerre“.
Pour cela nous mettons tout en oeuvre.
Le 8 mai 45 le peuple allemand a été délivré du national-socialisme et du militarisme.
Aujourd'hui l'Union Soviétique nous offre ainsi qu'à toute l'humanité une chance historique: soit la possibilité de nous débarrasser des armes Nucleaires et chimiques et de mettre ainsi fin à l'angoisse qui pèse sur l'humanité.
Nous sommes persuadés que nos amis de Vitrolles et de Wageningen ont conscience également de la chance que nous est donnée aujourd'hui quant au desarmement.
Unissons nous donc dans l'effort afin de refouler tous ceux qui profitent de l'armement, tous ceux qui y travaillent les radicaux de droite et les neofascistes.
Vive l'amitié entre nos villes et vive la paix.

Deutsche Kommunistische Partei
Mörfelden-Walldorf

„Kilometres 1000 Vitrolles“ steht auf dem Meilenstein der in diesen Tagen genau auf dem 50. Breitengrad am Vitrolles-Ring enthüllt wurde.
Wir freuen uns über dieses Mahnmal der Völkerfreundschaft, wir freuen uns, daß sich die Partnerschaftsverträge mit Vitrolles und Wageningen mit Leben erfüllen.
Immer wieder wird berichtet, daß man in Wageningen und in Vitrolles die Schrecken des Krieges, den Überfall Nazi-Deutschlands nicht vergessen hat. Auch in unserer Stadt ist das Leid jener Kriegsjahre unvergessen. Unvergessen auch die Lehre von 1945: „Nie wieder Faschismus! – Nie wieder Krieg!“ Dafür setzen wir uns ein.
Am 8. Mai 1945 erfolgte die „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“. Heute bietet die Sowjetunion unserem Volk und der ganzen Menschheit erneut die historische Chance zur Befreiung. Wir können uns befreien von atomaren und chemischen Waffen. Wir können uns befreien von lebensgefährlichen Abschreckungsstrategien, von der Angst die auf allen Menschen lastet.
Wir sind sicher, unsere Freunde in Vitrolles und Wageningen, sind wie die Bürger in unserer Stadt froh, daß es heute eine große Chance gibt in der Abrüstung einen Durchbruch zu erzielen.
Unser Gruß geht deshalb in diesen Tagen in unsere Partnerstädte. Tun wir gemeinsam alles, damit die Rüstungs-



Gäste aus der Sowjetunion bei der DKP

Die DKP-Mörfelden hatte Gäste aus Armenien. Auf einer gut besuchten Versammlung im Bürgerhaus sprachen M. S. Minasbekjan, Mitglied des ZK der KP Armeniens und Mitglied des Obersten Sowjet Armeniens; E. T. Arutjunjan, Mitglied des Obersten Sowjet der UdSSR und W. A. Mnazakjan, Sekretär der KPdSU im Aluminium-Werk in Jerewan. Die Diskussion zum Thema „Glasnost – Neues Denken in der Sowjetunion“, brachte viele interessante Informationen.
Von der örtlichen Presse hatte nur der „Freitags-Anzeiger“ den Weg ins Bürgerhaus gefunden, was sehr zu bedauern ist. Die hochrangige sowjetische Delegation, die u. a. den Flughafen und die Opel-Werke besuchte wurde in unserer Stadt von Bürgermeister Bernhard Brehl empfangen. Gerd Schulmeyer, Vorsitzender der DKP-Mörfelden, überreichte im Bürgerhaus (unser Foto) Mörfelder Bücher als Andenken an den Besuch in unserer Stadt.

„...da fehlt die DKP-Fraktion!“

Bundesbahn in den Schlagzeilen

Wer 16 Jahre als Stadtverordneter in dieser Stadt tätig war, kann heute nach einem Besuch der Stadtverordnetenversammlung nur noch kopfschüttelnd und empört den Saal verlassen. Eine sachliche Diskussion findet nicht mehr statt, kein Bemühen im Interesse der Bürger, sondern nur noch gegenseitiges Angeifern, Verleumdungen und vorbringen von Unterstellungen, ist zu hören. CDU und Grüne Bürgerliste spielen sich gegenseitig die Bälle zu, Hauptsache, es geht gegen die SPD. Hierdurch wird die Stimmung bei den Sozialdemokraten immer gereizter, so daß auch hier Überreaktionen festzustellen sind.

CDU-Stadtverordnetenvorsteher, der nur mit den Stimmen der „Grünen Bürgerliste“ auf seinen Platz kam, hört so manchen böartigen und verleumderischen Zwischenruf, zwischen GBL und SPD nicht (oder will ihn nicht hören), so daß während der Behandlung wichtiger Themen unhaltbare Zustände entstehen. Vielleicht ist aber auch die Grenze des Herrn Professor Peetz erreicht und er ist der Aufgabe eines Stadtverordnetenvorstehers, in

einer solchen Situation, nicht mehr gewachsen.

Es ist höchste Zeit, daß sich die SPD-Fraktion und ihr Vorstand, sowie die Fraktion der GBL, über diesen unhaltbaren Zustand Gedanken machen, sonst wird der lachende Dritte, nämlich die CDU, bei nächsten Wahlen von den ewigen Reibereien profitieren. Durch das Verhalten der beiden Parteien werden wichtige politische Themen, durch die die Bevölkerung erst auf die konservativ-reaktionäre Bonner Regierungspolitik aufmerksam gemacht werden könnte, außen vorge lassen.

Als Beispiel kann angeführt werden, daß dieses Jahr erstmals der Ostermarsch, der durch unsere Stadt führte, nicht offiziell begrüßt wurde. Der Antrag hierzu, vom Stadtverordnetenvorsteher wohlweislich noch auf die Tagesordnung der Sitzung vom 12. Mai gesetzt, wurde erst garnicht mehr behandelt. Ein ähnlicher Antrag zur Begrüßung der Friedensstafette, die von Flensburg zur Zugspitze führt und am 20. 6. unsere Stadt tangiert, hätte unbedingt von einer der beiden Parteien (SPD und GBL) gestellt werden müssen.

Auch zum Thema Abrüstung und der jetzt gebotenen Chance hierzu, müßte ein Antrag das Stadtparlament beschäftigen, um der sogenannten „Stahlhelmfraktion“ von CDU/CSU in Bonn und ihrer Anhänger in der hiesigen CDU, wegen ihrer „Bremsenhaltung“ die Leviten zu lesen.

Ein Streit über eine Baumbepflanzung für eine Friedens- oder Wageninger-Allee (Antrag der SPD) muß nicht erst stattfinden, denn die Parteien die diese Friedenspartnerschaft wollten, könnten sich hierüber allemal verständigen. Der Fraktionssprecher der CDU, Hugo Jung, ist der letzte, der hier mitdiskutieren kann, da er eine der schärfsten Gegner dieser Städtepartnerschaft war. Zum Abschluß dieser Betrachtung wäre zu wünschen, daß ins Parlament wieder mehr Sachlichkeit einkehrt. Es sollte der Bevölkerung bis zur nächsten Kommunalwahl doch zu Denken geben, was Besucher der letzten Stadtverordnetenversammlung unter sich austauschten: Hier muß wieder eine starke DKP-Fraktion einziehen.

Hohe Defizite, Personalabbau (10.000 Stellen pro Jahr), Streckenstilllegungen und Einschränkungen im Personennahverkehr bestimmen zum großen Teil das Image der Bahn in der Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite werben die Planer mit großartigen Zukunftsprojekten: – mit über 200 km/h quer durch die Bundesrepublik, halb so schnell wie ein Flugzeug, aber doppelt so schnell wie mit dem Auto –, ist eines der propagierten Ziele. Dazu sind enorme Investitionen nötig, allein 21 Milliarden für den Ausbau von Altstrecken, um diese den neuen Anforderungen und hohen Geschwindigkeiten anzupassen. Okay. Wenn dann allerdings die Presse zu lesen ist („Tunnel ist der Bahn zu teuer“), daß für Schallschutzmaßnahmen die finanziellen Mittel fehlen, streikt der gesunde Menschenverstand.

Hier wird wieder einmal ein Stück kapitalistischen Alltags praktiziert. Investitionen, neue Anlagen und Rationalisierung in Milliarden-Höhe, bei den berechtigten Interessen der Bürger und ihrer Umwelt wird gespart

Und das wird dann noch den Betroffenen mit einer skrupellosen Arroganz serviert. Das ist, um ein deftiges deutsches Wort zu gebrauchen, schlicht und einfach kollektive Verarschung.

Und dagegen hilft nur kollektiver Widerstand, nicht nur in Mörfelden und Walldorf, sondern in der gesamten betroffenen Region entlang der Schnellbahnstrecke.

Allerdings, auch die Proteste kosten Geld. Ohne Spenden, ohne wachsende Mitgliedschaft betroffener und interessierter Bürger wird es schwer, alle juristischen Mittel auszuschöpfen und bis zum Schluß durchzustehen.

Gefordert sind in diesem Zusammenhang auch und vor allem die Gemeinden und Gebietskörperschaften. Ist es erst nötig, sie an den Wählerauftrag zu erinnern, damit Magistrat und Verwaltung alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Mittel nutzen, die AGS finanziell, mit Gutachten usw. zu unterstützen, um die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten.

Ohne die DKP sehen wir schwarz

Wer die Presseberichte von der letzten Stadtverordnetenversammlung liest, muß sich an den Kopf greifen. SPD und GBL geifern sich an und die Schwarzen reiben sich die Hände. Dabei ist es müßig zu ergründen, wer dabei jeweils „den ersten Stein“ geworfen hat.

Profilierungssucht, politische Unerfahrenheit und die Unfähigkeit über die Kanaldeckel-Politik hinauszudenken, geben sich hier die Hand. Die Folgen sind absehbar. Bei der nächsten Kommunalwahl wird die CDU, wie bei der Landtagswahl, ein „handlungsfähiges“ Parlament fordern. So gar die Überschriften der Hugo Jung-Pamphlete („Schluß mit dem rot-grünen Chaos“), sind sicher schon formuliert.

Wir könnten uns jetzt zurücklehnen und sagen: „Haut Euch ruhig die Köpfe ein!“ Aber dafür ist die Sache viel zu ernst. Die Gefahr, daß die CDU auch in Mörfelden-Walldorf weiter an Boden gewinnt, ist angewachsen. Und dagegen hilft nur eine kluge und möglichst einheitliche Politik der Linkskräfte in unserer Stadt. Wichtige Voraussetzung dazu: die DKP muß wieder in dieses Stadtparlament. Oder anders ausgedrückt: Ohne die DKP sehen wir schwarz für Mörfelden-Walldorf.

rh

Heinz Hechler

Bernd Hinkeldey

Unruhe bei Garny

„Garny schlittert mit falscher Strategie in die Verlustzone“, „100 Arbeitsplätze in Gefahr“, „Garny schreibt rote Zahlen, Produktion wird zusammengelegt“, das sind die Überschriften von Mitteilungen der Presse in den letzten Wochen. Die Arbeiter und Angestellten der seit 1972 in Mörfelden ansässigen Firma sind sehr beunruhigt. Anscheinend hat man sich in der Chefetage erheblich übernommen. Die Manager wollten schon immer hoch hinaus, die Entwicklung vom soliden Handwerksbetrieb zum „Industrieunternehmen neuer Prägung“, wurde schon vor 15 Jahren nach der Übersiedlung von Frankfurt-Niederrad nach Mörfelden, vorgenommen.

Es wurden immer neue Firmen aufgekauft, stillgelegt, Leute entlassen — nach Manier der ganz Großen, z. B. der Aufkauf einer Geldschrankfabrik in Hamburg. Es wurden kleine Untergesellschaften gegründet, neue Namen tauchten auf, Amerikaner stiegen ein und stiegen wieder aus und nach Schwierigkeiten des ganz großen Konkurrenten Pohlschröder in Dortmund, wurde auch dieser übernommen. Endlich war man ein Konzern, eine Aktiengesellschaft, es gab Aktionäre, Dividenden wurden ausgeschüttet. Nun rutschte der Konzern in die roten Zahlen, die Bilanz für 1986 weist einen Verlust von einer halben Million DM auf, nachdem im Jahr zuvor noch 2,6 Millionen Gewinn gemacht wurden.

Jetzt sollen die Arbeiter und Angestellten für die Fehler der Manager gerade stehen, sie sollen die Suppe auslöffeln die man ihnen, ohne zu Fragen, eingebrockt hat. Man denkt an die Entlassung von etwa 100 Beschäftigten und gibt der hiesigen Presse zur Beruhigung so nebenbei bekannt, daß „fast“ alle Entlassungen bei der Tochter in Dortmund durchgeführt würden.

Die Kolleginnen und Kollegen dürfen sich in solchen Situationen nicht auseinanderdividieren lassen. Keiner in Mörfelden sollte denken, solche Situationen gingen spurlos an ihm vorbei. Auch die Nichtentlassenen werden stärkeren Druck an ihrem Arbeitsplatz verspüren, so daß Solidarität vonnöten ist.



Mörfelden gestern

Mörfelder Garny-Arbeiter, fotografiert in der alten Werkhalle in Niederrad, vor 50 Jahren, zum Anlaß des 125jährigen Firmenjubiläums 1938. Bei Garny waren schon immer sehr viele Mörfelder beschäftigt. So mancher unter ihnen, mit der Lehre beginnend, bis zu seinem Rentenalter, also 50 Jahre. Es war schwere körperliche Arbeit im Geldschrank und Tresorbau, so mancher hat sich Bandscheibenschäden für den Rest seines Lebens zugezogen. Sie haben alle mit dazu beigetragen, daß aus der damaligen Schlosserei ein moderner Industriebetrieb wurde. Unser Bild zeigt von links Philipp Kunz, Jakob Fritz und Jakob Knöß bei der Produktion von Stahlschränken.